Atomkraft: Und plötzlich bist Du Menschenverächter

geschrieben von Admin | 1. Mai 2017

Aus entrüsteten Zuschriften muss ich schließen, dass (vermeintliche) Tschernobyl-Leugner hierzulande Gefahr laufen, auf dieselbe Stufe wie Holocaust-Leugner gestellt zu werden: ich sei menschenverachtend, „relativierend“ und zynisch, so warf man mir vor. Meist sind solche Zuschriften mit Verweisen auf Einzelschicksale im Familien- und Bekanntenkreis versehen, die von den Verfassern auf den Reaktorunfall zurückgeführt werden.
Wie immer in solchen Fällen kann man angesichts solcher unhintergehbarer Leidensgeschichten als Wissenschaftler oder auch Politiker, welcher jenseits des Individualschicksals Bewertungen abgeben und Entscheidungen zu fällen hat, nur verlieren. Denn wer möchte sich dem Vorwurf aussetzen, er oder sie sei hartherzig einem Menschenschicksal gegenüber?
Ich vermute: genau in diesem typischen Diskussionsverlauf liegt die Ursache, warum sich hierzulande niemand mehr zutraut, eine sachlich-kritische Diskussion über die Energiepolitik unter Einbeziehung der nuklearen Option noch durchzustehen: man will sich nicht als nuklearer Volksverräter und Menschenfeind hinstellen lassen.

Machbarkeit und Akzeptanz müssen zusammenkommen

Meine Kritiker, die mit dem wohlfeilen Vorwurf der Gefühlskälte kommen, verwechseln zweierlei Sachverhalte. Man kann einerseits feststellen, dass jedes Opfer einer Industriekatastrophe eines zuviel ist, und man kann einen individuellen Zugang zum Schicksal einzelner Opfer wählen. Das ist legitim, wurde vielfach in vorbildlicher Weise unternommen, und an einigen solcher Unternehmungen war und bin ich als Historikerin Tschernobyls auch beteiligt.
Das enthebt aber andere Menschen, welche allgemeinverbindliche Entscheidungen für viele fällen müssen – das heißt politische Verantwortung tragen – nicht der Konfrontation mit den Tatsachen. Entscheider und ihre wissenschaftlichen Berater müssen durch einen Abwägungsprozess hindurch, in unserem Falle (idealiter) mit dem Ziel, herauszufinden, welche Art Energieversorgung in einem Industrieland funktioniert und auch gesellschaftlich und moralisch vertretbar ist. Machbarkeit und Akzeptanz müssen zusammenkommen.
Und bei dieser Abwägung steht die Kernenergie trotz aller Mythenbildungen immer noch besser da als all das, mit dem sie von den Atomgegnern so eifrig und optimistisch substituiert wird. Diese müssten sich konsequenterweise fragen lassen, was die Atomindustrie und ihre Opfer so heraushebt, was sie so besonders inakzeptabel macht vor anderen Opfergruppen.
Grund des Akzeptanzproblems, so meine These, ist nicht die real existierende Kerntechnik und auch nicht die nachweisbare Opferbilanz der

zivilen Kernenergienutzung, die ich gar nicht leugne, obwohl mir das implizit unterstellt wird. Es ist vielmehr der rund um diese Energieform produzierte Diskurs, demzufolge die Kerntechnik als Menschheitsverderber ganz oben in der Hierarchie des Entsetzlichen und Verwerflichen steht.

Die Tendenz zur (Selbst-)Viktimisierung

Hinzu kommt die allgemeine Tendenz zur (Selbst-)Viktimisierung in unseren politischen Diskussionen. Wer nicht Opfer (der Atomkraft oder sonstiger finsterer Kräfte) ist oder für die Opfer zu sprechen vorgeben kann, dessen Argument büßt an Legitimationskraft ein. Wer sich anmaßt, dieses Argument auseinander zu nehmen und nach tatsächlichen Opfer-Verhältnissen zu fragen, ist ein „Relativierer“. Aber das ist nur einer der Wege, Diskussionen im Keim zu ersticken. Neulich hörte ich eine interessante Aussage von der Grünen-Politikerin Gudrun Zentis, die eine Förderung der Kernforschung (es ging um die Möglichkeit, das Volumen hochaktiven nuklearen Abfalls durch Transmutation zu reduzieren) mit der Begründung ablehnte, dies würde ja die Akzeptanz der Kernenergienutzung erhöhen.
Es gibt also in unserem Land Gruppen, die gar nicht an der Schnittstelle von Machbarkeit und Akzeptanz für das Gemeinwohl streiten und arbeiten wollen, um die bestmögliche Entscheidung zu erzielen, sondern die lieber alles dafür tun, eine Option erst gar nicht in die Nähe der Akzeptanz kommen zu lassen.
Das halte ich für fahrlässig. Denn wir leben in einer nicht perfekten Welt. Das bedeutet, dass wir häufig mehrere nicht perfekte Lösungswege eines Problems gegeneinander abwägen müssen. Das ist die Aufgabe von Wissenschaftlern und Politikern, die sich dann Vorwürfe gefallen lassen müssen, sie seien zynisch und respektlos den Opfern gegenüber. Alle moralisch Unanfechtbaren sollten sich freilich überlegen, auf wen sie ihren ersten Stein schleudern.
Sie sollten also ihre eigene Opferfixiertheit bis zum Ende durchhalten und beispielsweise ausrechnen, wie viele Opfer von Atemwegs- und Gefäßerkrankungen ein Kernkraftwerk zu verhindern half, indem es mehrere Kohlekraftwerke ersetzte. Und sodann abwägen, ob sie diese Schicksale akzeptabler finden als die hypothetischen Opfer eines nuklearen Unfalls in unserem Land, die sie auf jeder Demonstration beschwören.

Das Dilemma der Unfallchirurgie

Denn wir sehen, dass bei uns die Kernenergie keinesfalls durch bessere Lösungen ersetzt wird, sondern durch schlechtere – nämlich durch mehr fossile Energieträger. Wind, Sonne und guter Wille allein reichen nicht aus, um ein Industrieland zu versorgen; von den nichtexistenten Speicherlösungen über den irrwitzigen Landschaftsverbrauch bis hin zum akuten Rohstoff- und Sondermüllproblem bei den „Erneuerbaren“ stellen sich für mich so viele Fragen, dass ich den Ausstiegsbeschluss aus der Kernenergie für überhastet und unverantwortlich halte.
In diesem Konflikt zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik haben die Gesinnungsmenschen vorerst die Oberhand. Verantwortungsethikern

schlägt ein kalter Wind entgegen. Ihnen wird vorgeworfen, Opfer zu „zählen“ und, noch schlimmer, zu „relativieren“, womit eigentlich „kleinrechnen“ unterstellt wird. Obwohl, wie ein befreundeter Arzt mir schrieb, solche kognitiven Operationen in einer Entscheidungssituation, beispielsweise in der Unfallchirurgie, das höchste Gebot sind: Zählen und Vergleichen, die berüchtigte Triage, hilft dann Leben zu retten, wo es zu retten ist. Aus Sicht der Angehörigen eines unrettbar Verletzten blanker Zynismus und unerträgliche Vorstellung.
Entscheider in Wissenschaft und Politik müssen jedoch den Mut aufbringen, auch gegen schlechte Bilder, auch im Angesicht des Zynismus-Vorwurfs, auch unter einem Schwall von schmähenden Zuschriften ihren Weg zu gehen. Dafür sind sie zu Entscheidern gewählt worden. Dazu gehört im Falle sehr weitreichender Entscheidungen wie der Energiepolitik der Mut, Optionen und Entwicklungspfade abzuwägen, die Gelassenheit, in einer emotional aufgeheizten Atmosphäre Zeit zum Einholen von Expertise einzufordern, und die Zähigkeit, auf die Ergebnisse zu warten. Nichts davon hat man in unserer Energiepolitik nach Fukushima getan.

Man hat mehr zerstört als man aufbauen konnte

Man hat eine hastig berufene und parteiisch besetzte Ethik-Kommission vorgeschoben, wo man eigentlich eine Enquête-Kommission mit wissenschaftlichem Stab gebraucht hätte. In einem solchen Gremium hätte man den Kernverfahrenstechnikern und Fachleuten für Übertragungsnetze die gleiche Stimme einräumen müssen wie den Techniksoziologen und -ethikern. Man hätte mögliche Weiterentwicklungen der Kerntechnik ebenso ernsthaft diskutieren müssen wie die Entwicklungsaussichten von Speichertechnologien und Offshore-Windkraft.
Das hätte Zeit gekostet, die man angesichts grüner Siegeszüge in Baden-Württemberg nicht zu haben vermeinte. Daher hat man Diskussionen abgeschnitten, bevor sie beginnen konnten. Man hat Ergebnisse vorgegeben, statt ergebnisoffen zu beraten. Man hat um der billigen „Befriedung“ der deutschen Atomdebatte willen einen funktionierenden Industriezweig geopfert und ihn durch einen Weg ins Ungewisse ersetzt. Man hat als Kollateralschaden in Kauf genommen, dass deutsche Expertise auf dem Gebiet der Reaktorsicherheit international an Einfluss verliert, da unsere Experten keine kerntechnische Führungsnation mehr vertreten, sondern ein innovationsmüdes Abwicklungsland. Man hat mehr zerstört als man aufbauen konnte. Denn man wollte nicht herzlos sein – und hat den Verstand abgeschaltet.
Dr. Anna Veronika Wendland forscht zur Geschichte und Gegenwart nuklearer Sicherheitskulturen in Ost- und Westeuropa. Für ihre Habilitationsschrift hat sie in mehreren Kernkraftwerken in der Ukraine, Litauen und Deutschland, zuletzt in den KKW Grafenrheinfeld und Grohnde, Forschungsaufenthalte durchgeführt. Dr. Wendland arbeitet in der Direktion des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg. Sie leitet Arbeitsgruppen im Bereich Technik-, Umwelt- und Sicherheitsgeschichte.

Der Beitrag erschien zuerst auf der Seite ACHGUT